

Sammlung
r, Traube
die Hopf über
ein u. die Ruhr.
geladen. 715
e der
schen Partei.

März 1923.

ung.
weise herzoglicher
während dem
beim Hinfrei-
unvergehlischen
Ankels u. Neffen
Raaf
die zahlreiche
Niederlegung
seiner Alters-
ung ehemaliger
des Vereins
liebe, sowie die
Herrn Stadt-
und den erhe-
Niederkränzes
712
terbliebenen.

er werten Kundchaft
gut sortiertes Lager in
Anfätzen,
tatten und
Natur-Marmor
nd Erinnerung,
der
ab-Denkmalern
hauer-Arbeiten
arten,
IREN werden treu
ausgeführt.

Larr jr.
ister.

ottesdienftordnung.

oang. Gottesdienst

Sonntag Judika 18. März
um 10 1/2 Uhr Predigt (Dtsch.)
1 Uhr Kinderfestspiel
Christenlehre (f. Söhne)
Uhr Gebetsstunden im
einstaus.
Mittwoch 21. März 8 Uhr
Stunde im Vereinshaus.
Festschauen: Sonntag
März 1/10 Uhr Christen-
gottesdienst. Donnerstag
Uhr Bibelstunde.
pfer am Sonntag
gemein für die be-
ngten Glaubens-
ossen im Ruhr-
biet.

o. Gottesdienste der

ethodistengemeinde
am Sonntag 17. März
10 1/2 Uhr Predigt
11 Uhr Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr
Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr
Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr
Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr

athol. Gottesdienst.

Sonntag 17. März
10 1/2 Uhr Predigt
11 Uhr Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr
Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr
Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr
Sonntagsschule
abends 7 1/2 Uhr

erschmet an jedem West-
tag, Erläuterungen nehmen
famliche Notizen und
Vorfällen entgegen.
Bezugspreis
im März 1800.-
Einzelnnummer 80.-

Anzeigen-Gebühr für die
einmalige Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
vermehrt bei einmaliger
Einschaltung 120.-,
bei mehrmaliger Abdruck
nach Tarif. Bei gerichtl.
Betreibung u. Konkursen
1/2 der Rabatt hinfallig.

Der Gefellshafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Verlagstag 1923

Verlagstag, Stadt und Bezirk von G. M. Jäger (Hrsg.) Nagold.

Verlagstag No. 11

Bestellte Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
besten Erfolg.

Bestellte Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
besten Erfolg.

Telegramm-Adresse:
Gefellshafter Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5113.

Nr. 65

Montag, den 19. März 1923

97. Jahrgang

Eine Lehre der Geschichte für uns Deutsche

Wir haben im Frieden oft unter den Vätern geseufzt, die uns zur Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht auferlegt waren, und haben uns eingegeben und einreden lassen, daß der „Militarismus“, d. h. der gewappnete Staat, uns zugrunde richte. Dabei übersehen wir gänzlich, daß unser Gesamtansehen für Heer und Flotte nicht sozial betrogen, wie die für Alkohol und Tabak, also für zwei durchaus entbehrliche Genussgüter, und daß Heer und Flotte zur Erziehung und Erziehung von uns allen in einem Umfang beitragen, den wir erst jetzt, wo uns diese Schule der Mannes-tugenden fehlt, voll und ganz zu wahren verstehen. Wir vergaßen auch, daß große Industrien von der Wehrmacht leben, denn von der großen Schiffsmaaschine der Schiffschiff bis zum letzten Hakenknopf und Schußnagel des Infanteristen war alles deutsches Erzeugnis.

Den größten Fehler aber begingen wir dadurch, daß wir aus der Geschichte nicht lernen wollten. Aus der Zeit deutscher Dämmerung und Zerrissenheit im Mittelalter und in neuerer Zeit konnten wir zur Genüge die Lässigkeit entnehmen, daß ein schwacher Staat stets friedlos ist, weil seine Feinde ihn als ihre selbstverständliche Beute betrachten und stets Gründe finden, um über ihn herzufallen und ihn abzupressen, was ihnen gerade gefällt. Ein schwaches Land ist aber auch stets der Janoptel seiner mächtigen Nachbarn, denn keiner gönnt dem anderen die Ruhe allein, und so geraten sie untereinander in Streit im Kampf um die lockende Beute. Da wir Deutsche nicht gerne den eigenen Lehrer anhören, dagegen von Fremden uns eher etwas sagen lassen, so will ich auf zwei Beispiele hinweisen, die fremde, uns aber doch hinreichende bekannte Völker, betreffen.

Das eine ist die Türkei. Wir haben es so zum Teil noch selber miterlebt, wie „der kranke Mann am Bosporus“, ein in sich nicht gefestigter, militärisch schwacher Staat immer wieder die Mächte zum Krieg lockte und wie er schließlich schon hoch Vorkriegsstaat und ganz unerschütterlich und unfrei nur noch den Reich der um das Erbe, d. h. die Aufteilung sich zankende Mächte sein kümmerliches Weiterleben verdankte. Heute dagegen, wo dieselbe Türkei, innerlich geeint und gestärkt, nach außen hin gewappnet und fest entschlossen Gut und Blut an seine Freiheit und Selbstständigkeit zu setzen sich kraft aufgerichtet und bis an die Zähne bewaffnet hat, ist sie im Begriff, wieder ein souveränes Staatsgebilde im eigentlichen Sinn zu werden, das seine Geschicke selber in die Hand nimmt und dessen Wort etwas gilt auch gegenüber den Siegermächten aus dem Weltkrieg.

Das zweite Beispiel ist Italien. Im Mittelalter war Italien in ungezählte kleine Staaten und Städtchen zerfallen von denen jedes im Nachbarn, der doch desselben Volks und derselben Sprache war, den größten Feind erblickte und be kämpfte, während sie den äußeren Feind ihr schönes Land ausplündern und seine Einwohner schinden ließen. In großen und ganzen machten sie es gerade so wie die deutschen Parteien heute noch, für die auch der politische Gegner im eigenen Land, also der Volks- und Blutgenosse oder der Angehörige einer anderen lokalen Schicht stets den größten und wichtigsten Feind darstellt, auch wenn der Franzose gleich dabei ist, die feindlichen Brüder alle zusammen zu erfressen. Italien war deshalb auch dasjenige Land Europas das am längsten unter Fremdherrschaft stand. Weil es un- einig und weil es militärisch schwach war, bildete es dauernd einen Kriegsschauplatz für ganz Europa. Die Byzantiner, die Sarazenen, die Franzosen, die Spanier, die deutschen Könige sie alle haben in unendlichen Kriegen um den Besitz Italiens oder einzelner Teile gekämpft und der Schauplatz aller dieser Kriege war stets Italien selbst. Auch für Italien bilden erst die Einigung und innere Festigung, gepaart mit der Schaffung einer Wehrmacht, einen Wendepunkt. — Daß die Italiener ihre Einigung nicht zum wenigsten der deutschen Unterstützung verdanken, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Stärke eines Staatswesens hat noch einen Vorteil, sie erst macht einen Staat für andere Staaten der Freundschaft oder eines Bündnisses wert. Jeder will gerne mit einem angesehenen, mächtigen und reichen Mann lieber befreundet sein als mit einem Jammerlappen, einen Bankrotteur, einem feigen, armseligen, knechtlich gesinnten verächtlichen und verachteten Kerl. Im Leben der Völker ist's nicht anders. Eine Dame, die bis vor kurzem in London war erzählte mir dieser Tage, daß man in führenden Londoner Kreisen ihr mehrfach sagte: „Wir hoffen die Franzosen und ihre Politik gegen Deutschland; aber wir können mit Deutschland nichts anfangen, da es innerlich krank ist und man sich auf einen so brüchigen Staat nicht verlassen kann.“ Und ein Italiener hat ihr ganz kurz erklärt: „Wir würden uns niemals Poincaré bei seinem Rufstempel angeschlossen haben wenn wir nicht befürchten müßten, daß die Deutschen über kurz oder lang doch nachgeben. Und sind wir dann nicht zu Stelle, so schlägt der Franzose allein die Postete und wir haben das Nachsehen.“

In der Verbündung, als Betrogene, haben wir im Novem- ber 1918 unsere Waffen weggegeben. Haben wir durch unser Jammer, durch Nachgeben und Erfüllen unerfüllbarer Be- dingungen irgend einen Vorteil, eine Erleichterung unserer

Waffen verlangt? Ein mehrloser Staat, ein Spielball fremder Mächte, ein Erpressungsgegenstand feindlicher Ausbeuter sind wir geworden. Mit der Weltgeschichte schlägt man uns ins Gesicht, wie verächtliche Tiere tritt und löst man uns.

Zwei Wahrheiten müssen wir uns darum heute wieder in Fleisch und Blut übergehen lassen: erstens, die Stärke eines geordneten Staats ist das sicherste Unterpfand für den Frieden und für das Wohlergehen seiner Bürger, und zweitens: die Vorbedingung für die Stärke eines Staats ist die Einigkeit seiner Bürger, zum mindesten in allen nationalen Fragen. Man braucht nur an England zu erinnern oder an Frankreich und Amerika, unsere „Besieger“, um zu wissen, daß ihre Kraft in der Einmütigkeit der Bürger dieser Staaten beruht, sobald nationale Fragen Fragen der auswärtigen Politik in Betracht kommen.

Unsere innere Zerrissenheit hat eine Hummelmotte in einem bösen deutschen Charakterfehler, dem Reiz. Wir beneiden nur zu leicht unsere Brüder und Nachbarn, um den kleinsten weltlichen oder vermeintlichen Vorzug, den sie uns gegenüber haben, und kommen dann vielfach in eine seelische Grundstimmung hinein, die ganz grob und kurz ausgedrückt ungefähr so lautet: „Vieher richte ich den anderen Beneideten — und mich selber zugrunde, als daß es dem andern besser gehen darf als mir.“

So kommen wir aber nicht weiter. Der andere hat es gewöhnlich gar nicht so viel besser als wir, die wir nur von außen hineinsehen, es glauben, und wir haben es meist nicht so schlecht, als wir uns vorreden. Wir müssen als Brüder zusammenstehen und uns stets gegenseitig helfen, daß Glück und Leid des einen Volksgenossen aufs engste mit Glück und Leid des anderen verknüpft ist.

Geschichtlich denken, deutsch fühlen, die Fehler in der eigenen Brust bekämpfen, den Volksgenossen verstehen und lieben, dem äußeren Feind aber gemeinsam bis zum letzten Hauch trotzen lernen, das ist die innere Vorbereitung, die die letzte nationale Passionzeit von uns fordert, wenn wir wieder ein freies Volk werden wollen.

Dr. Werner Bilingert.

Hypotheken und Geldentwertung

Es wird uns geschrieben:
Seit Jahr und Tag wird über die Hypothekenschulden geschrieben und gestritten. Ganz kurz läßt sich der Standpunkt der Hypothekengläubiger dahin zusammenfassen, daß sie eine Ungerechtigkeit darin erblicken, für ihr mit gutem oder zum mindesten bestem Geld gegebenes Darlehen mit schlechtem Geld auszubezahlt zu werden, und daß sie vom Staat und der Gesetzgebung eine Aufhebung dieses Unrechts erwarten. Dagegen wenden die Hypothekenschuldner ein, daß die Hypothekendarlehen keine Bevorzugung beanspruchen dürften vor anderen geldlichen Verpflichtungen, die ebenfalls mit gutem Geld eingegangen sind und kraft der bestehenden Gesetzgebung und Rechtsprechung mit schlechtem Geld zurückgezahlt werden können. Im besonderen verweisen sie dabei auf die dem Staat feinerzeit gewährten Kredite (Staatsanleihen) und fordern, daß sie nicht mit andern Nach gemessen, andern Verpflichtungen unterworfen würden, als der Staat sie für sich selbst seinen eignen Gläubigern gegenüber anerkennt. Es wird eingewandt, aus welchem Grund und mit welchem Recht diejenigen, die ihr Geld auf Hypotheken gegeben haben, vor demjenigen bevorzugt werden sollen, die etwa Kreditschulden und sonstige Staatspapiere gekauft oder ihr Geld auf die Sparkassen gelegt haben, in der Erwartung, späterhin den angemessenen Gegenwert dafür zu erhalten. Da sich auch die Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung gegen über den Forderungen der Hypothekengläubiger von solchen Erwägungen hat lassen lassen, ob sie von einem Zugeständnis an deren Wünsche nachsichtige Folgerungen hinsichtlich ihrer eignen Verpflichtungen befürchtet hat, muß dahingestellt bleiben.

Das Hypothekensystem ist mit Rücksicht auf den Wert des Grundstücks und in einem bestimmten Verhältnis zu diesem Wert gegeben worden. Der Gläubiger wollte ein dingliches Recht an einem Grundstück als dauernde Sicherheit für den Wert des gegebenen Kredits. In unzähligen Fällen nun hat der Hypothekengläubiger während der letzten Jahre die Beobachtung machen müssen, wie der Grundstückseigentümer unter Ausnutzung der Geldentwertung sich bereicherte und in die Lage versetzt wurde, seine Hypothekenschuld durch Hingabe eines Bruchteils des feinerzeit erhaltenen Werts abzulösen. Man kann nicht behaupten, daß dieser Vorteil der eignen Bereicherung dem Kreditnehmer Staat oder den Gemeindefiskus als den Trägern von öffentlichen Sparkassen, ebenfalls zugute gekommen sei. Es liegt also immerhin ein Unterschied zwischen dem Hypothekengläubiger und dem gewöhnlichen nicht benehenswerten Besitzer von Staatspapieren oder Sparkassenguthaben vor. Die Kollage zahlloser Hypothekengläubiger, die zum großen Teil doch ihre gesamten Erparnisse gegen eine ihrer Lieberzeugung nach sichere Schuldurkunde hergegeben haben und infolge der jetzigen Praxis defizit mit einem gleichlautenden, aber so gut wie wertlosen Papiergeldbetrag abgepfist werden können, ist unbestreitbar. Die gesetzgeberischen, technischen und rednerischen Schwierigkeiten, die einer angemessenen Neuregelung der Hypothekenschuldverhältnisse im Wege stehen, wären bei ge-

hem Willen zu überwinden. Namentlich wäre es wohl möglich, einen angemessenen Ausgleich für diejenigen Hypothekenschuldner zu finden, die infolge besonderer Verhältnisse oder gar infolge gesetzgeberischer Eingriffe in die freie Wirtschaft ebenfalls nicht in der Lage sind, von der inzwischen eingetretenen Geldentwertung Nutzen zu ziehen. Das gilt in erster Reihe von dem sächsischen Hausbesitzer, der unter dem Druck der öffentlichen Wohnungswirtschaft in den Genieß von der Geldentwertung entsprechenden Einnahmen bisher nicht gelangt ist.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß bereits über die Grenzen unseres Landes hinaus eine abfällige Beurteilung der von Deutschland in der Frage der Hypothekenschuldung eingenommenen Haltung wohl geübt hat. Einer der entschiedensten Vorläufer für die Rechte der Hypothekengläubiger, Professor Dr. Schumacher, Köln, teilt darüber in der deutschen landwirtschaftlichen Presse mit, daß ihm zahlreiche Zuschriften aus dem Ausland zugegangen seien, denen zufolge man es brauchen nicht versteht, wie in Deutschland ein solches Anrecht möglich sei. Am besonders wird dann auf einen Fall in Polen verwiesen, dessen oberster Gerichtshof eine Klage auf Löschung und auf Rückzahlung einer Goldhypothek in verlorener polnischer Währung mit der Begründung abgewiesen, daß es gegen die guten Sitten verstoße, eine Goldforderung in wertloser Papiermark zurückzuzahlen. Nun ist allerdings der deutsche oberste Gerichtshof noch nicht in die Lage gekommen, zur Frage der Hypothekenschuldung Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich würde das Reichsgericht auf Grund seiner früheren Entscheidung über den Einfluß der Geldentwertung zu dem gleichen grundsätzlichen Standpunkt gelangen wie der oberste Gerichtshof in Warschau.

Wie veranlaßt, hat der Schiedsgericht der Hypothekengläubiger beschlossen, eine Entscheidung des Reichsgerichts in der Streitfrage herbeizuführen, nachdem der Antrag, für die Kündigung und Auszahlung von Hypotheken und Grundschulden, die vor dem 1. Januar 1922 eingetragen worden sind, eine Sperrfrist einzulegen, vom Reichsrat abgelehnt worden ist.

Der rote Zar

Lenins Schlaganfall

Wladimir Iljitsch Iljanow, genannt Lenin, ist von einem schweren, vielleicht tödlichen Schlaganfall betroffen worden. Dieser Schlaganfall ist die Folge des allgemeinen körperlichen und geistigen Zusammenbruchs eines 36-jährigen Mannes, der die Hälfte seines Lebens täglich 16 Stunden gearbeitet hat, meist ohne die Unterstützung einer Schreibkraft. Seit länger als einem Jahr hat Lenin an bedauerlichen Ermüdungszuständen gelitten. Bekanntlich mußte er im vorigen Frühjahr die Reise zur Genue-Konferenz aussetzen. Verschärft wurde das Leiden durch die alte Wunde, die seit dem Anschlag der Studentin Kaplan im Herbst 1918 nicht heilen wollte. Erst im April 1922 wurde die Kugel durch einen deutschen Arzt aus Lenins Schulter entfernt. Dazu kamen schwere Nerven- und Darmvergiftungen. Die Berichte, die bisher von der Sowjetregierung über Lenins Befinden ausgegeben wurden, erinnern zwar an vergangene jüdische Zeiten, entsprechen aber durchaus der Bedeutung des „Roten Zaren“, dessen Name nach fünfjähriger, schier unumschränkter Herrschaft von den Taten der Weltgeschichte nicht mehr wegzumischen ist. Seitdem Lenin im März 1917 in plombierten Güterwagen durch Deutschland nach Petersburg reiste, ist er dort im Palast der Tänzerin Kschinsinaja auftrat, war seine Laufbahn ein unausgesetzter Aufstieg zur politischen Macht, zu einem Despoten des russischen Sozialismus, dessen Unfehlbarkeit auch dann nicht gestürzt wurde, als Lenin, wie er sich ausdrückte, den Rückzug vom unbeschränkten Kommunismus antrat. Die vollständige Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Schicksal und das Bewußtsein der tödlichen Erkrankung trieb den Sowjetgewaltigen zu seiner fähigen Umkehr. Seine neue wirtschaftliche Politik der letzten Jahre war das gerade Gegenteil seiner früheren Lehren. Er wagte den Kampf mit den bisherigen roten Genossen, weil er sich vor keinem Feind mehr fürchtete. Ursprünglich führte sich die Gewalt Lenins auf eine Kinderheit, auf die kommunistische Führerschaft und auf das sächsische Proletariat. Die Bauernmasse hielt er im Schach. Als die Hungerkrisis diese Bauernmehrheit in Bewegung gebracht hatte, opferte Lenin unbedenklich die Kinderheit, die seinen Plänen gefolgt war, und warf sich durch die Erlaubnis des Freihandels zum Verfechter des weiten Landes, der häuslichen Wünsche auf. „Veröhnungspolitik“ wurde die Lösung. Veröhnung wurde angeboten, wofür man sich nur entschloß, alle Politik beiseite zu lassen. Bei den russischen Bauern hat sie der Bolschewismus sowieso nicht zu befürchten. Die Zeit, da die Bauern sich von den Städten feindselig zurückhielten, ist vorbei. Der hungrige Bauer kommt wieder in die Stadt, um das ehemals erworbene oder geraubte Herrngut abzuhacken und um sich selbst Lebensmittel, Geräte, Futtermittel zu kaufen. Auch der rote Soldat ging mit dem neuen Lenin. Der rote Soldat folgt dem, der ihn leitete. Das Offizierskorps wurde aus dem rein militärischen Beruf befreit und so gewonnen Lenin für neue nationalpolitische Gedanken in dieser Schicht und verlangte durchaus kein Befehl zum Kommunismus. Die Angehörigen der Intelligenz, soweit sie noch



(oder schon wieder) vorhanden sind, haben sich daran gewöhnt, politische Fragen auszuschalten. Sie sind abgestumpft durch die Brot sorgen. Jeder will seinen „Bajol“ haben, sein Lebensmittelration (Mehl, Seife, freie Wohnung usw.). Es gibt keine Gewissensfragen mehr, es gibt nur den Bajol. Auch dieser Geisteszustand weicher Schichten erleichterte Lenin die neue Politik ungemein. Gab es Streit, so scharte sich alles um Lenin und führte ihm höhere Bedeutung zu. Keiner sich blieb er ein „Genosse“ unter anderen Genossen. In Wirklichkeit brauchte ein Kommunist, auch ein wichtiges Mitglied der Partei, eine abweichende Meinung zu äußern: Lenin erwiderte scheinbar ruhig oder faktisch in öffentlicher Sitzung, oder ließ ihm antworten. Aber am nächsten Tag empfing dieser Genosse einen Brief, durch den er seines Amtes enthoben wurde oder der ihm die schleunige Abreise in irgend ein nördliches oder sibirisches Gouvernement anbehielt. Einen Widerspruch gab es nicht. Was aus dem Arbeitszimmer Lenins kam, das war Gesetz, auch wenn der Kranke Herrscher gar nicht selbst mehr entscheiden konnte. Man entschied in seinem Sinn.

Wer wird sein Nachfolger werden? Trotz ist oft ausgleichender Führer unmöglich. Man nennt als Kandidaten vielmehr den Georgier Stalin, den „Mann der eisernen Faust“, der schon heute die Fäden der Macht in seine Hand hat; er ist der Generalsekretär der kommunistischen Partei. Sodann Lunatscharski, den Kommissar für Volkserziehung, Endlich Rykoff, den Viehärztlichen Direktor. Vielleicht wird aus diesen Dreien ein Direktorium mit dem Programm der Fortsetzung des neuen Kurzes: Einkommens des kleinen Privateigentums und Freiheit des Handels.

Bertuschungsversuche

Die Blatzen von Buer

Buer, 18. März. Die deutsche Kriminalpolizei hat die Untersuchung über die Ermordung der beiden französischen Offiziere und den Dienst überhaupt eingeleitet. Da ihre Arbeit durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden und das Treiben der französischen Soldaten unmöglich gemacht wird. Die Hauptzeugen, der Leutnant Sandmann und der Bergmann Winking, die gesehen haben, wie französische Soldaten auf die Offiziere schossen, sind verhaftet worden. Die Leiche des auf die Erschießung der Offiziere hin willkürlich verhafteten und getöteten Kriminalassistenten Burckhoff war so zugerichtet, daß selbst seine nächsten Amtsgenossen ihn nicht mehr erkannten. Nur ein Fingerring verrät die Persönlichkeit.

Die französische Militärbehörde hat die Herausgabe der Leichen der beiden Mitglieder der Schutzpolizei, Krause und Mohr, verweigert, nachdem durch Augenzeugen festgestellt worden war, daß sie im Hof des Gymnasiums nicht erschossen, sondern von etwa 15 französischen Soldaten totgeschlagen worden sind. Die Leichen sind nur noch unermittelte Massen. Außer den fünf mit Namen festgestellten Ermordeten werden 10 weitere Personen vernicht, die verhaftet oder getötet sind. Die französische Behörde verweigert jede Auskunft über Verhaftungen und „Lodesstrafen“.

Die Franzosen geben jetzt zu, daß seit der Ermordung der Offiziere zwei Alpenjäger verschwunden sind; es sind zwei „alte“ Leute, die am 1. März zur Entlassung kommen sollten. Die Franzosen behaupten, die Soldaten seien von den Deutschen getötet und beseitigt worden. Alle Ermittlungen der deutschen Behörden werden aufs schärfste unterdrückt.

Strohentaus

Eibersfeld, 18. März. Französische Truppen haben in der Nacht auf einem Waldweg zwischen Eibersfeld und Eibersfeld dem Kraftwagen einer Eibersfelder Großfabrik aufgelauert und für 200 Millionen Baumwollseide geraubt.

Störung der sozialen Einrichtungen

Düsseldorf, 18. März. Die Franzosen haben in der Oberpostdirektion Düsseldorf sämtliche Marken der Angestelltenversicherung gestohlen. Da in der Angelegenheit die Versicherung des Marktenverfahren erst vom 1. Januar 1923 an zur Einführung gelangte und der geraubte Markenbestand, den für die Postanstalten bestimmten ersten Bedarf darstellte, ist das gesamte Ruhrgebiet noch ohne Marken. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen selbst nicht davor zurückschrecken, die Durchführung der sozialen Besetze zu unterbinden.

Warenbeschlagnahme

Koblenz, 18. März. Die Rheinlandkommission hat beschloffen, im Ruhrgebiet alle Waren, die auf Grund des Friedensvertrags und des Sachlieferungsabkommens verlangt oder nicht geliefert sind, zu beschlagnahmen.

Auf energische Vorstellungen des englischen Botschafters in Berlin hat die Rheinlandkommission angeordnet, daß Warenlieferungen an Verbündete, sofern sie vor der Besetzung bestellt wurden, von der 10prozentigen Ausfuhrabgabe befreit werden. Es handelt sich um Beträge von etwa 20 Millionen Dollar. Neutrosen Ländern gegenüber ist die Abgabe zu entrichten.

Französische Urteile

Koblenz, 17. März. Das französische Militärgericht verurteilte in Abwesenheit den vor bereits 4 Wochen ausgewiesenen Verleger der „Emser Zeitung“, Fritz Sommer, und dessen Bruder Dr. med. Otto Sommer aus Bad Emis zu je 6 Monaten Gefängnis und 50 000 Mk. Geldstrafe.

Beim Zollamt in Mainz wurden weitere 6 Zollbeamte ausgewiesen. Die Familien müssen innerhalb von 4 Tagen ihre Wohnung geräumt haben.

Ueber die Stadt Ehrenbreitstein ist von den Franzosen der Ausnahmestatus mit Verkehrsperre verhängt worden. Anlaß hat folgender Vorfall gegeben: In der Nacht zum 16. März ist eine Frauensperson, die sich mit einem französischen Soldaten eingelassen hatte, von zwei jungen Leuten aus Ehrenbreitstein verprügelt worden. Als bei dem Hillegeldrei des Mädchens zurückkehrende Soldat die jungen Leute mit dem Seltengewehr bedrohte, entziffen ihm diese die Waffe und brachten ihm mit derselben eine Verletzung bei. Die beiden jungen Leute wurden verhaftet und nach Mainz geschickt, ebenso zwei Schutzleute. Der Ausnahmezustand über Koblenz besteht immer noch.

Münster, 18. März. Der evangelische Pfarrer B. E. L. wurde auf dem Weg zum Gottesdienst von Franzosen angehalten und ausgewiesen.

In den letzten drei Tagen sind aus dem linksrheinischen Gebiet über 300 Personen ausgewiesen worden.

Vertwüstung des Bahnoberlandes

Ludwigsbafen, 18. März. Nach der Bekanntmachung daß das ganze pfälzische Eisenbahnenwesen der französischen Behörde unterstellt sei, verließen alle deutschen Beamten und Arbeiter die Bahnhöfe. Der Betrieb ruht mit Ausnahme zweier Hauptstrecken in der Vorderpfalz gänzlich. Sämtliche Eisenbahnen der Pfalz wurde darauf befohlen, die Dienstwohnungen zu räumen. Davon wurden über 1500 Familien betroffen.

Die Bereaubung der Kohlenzechen

Paris, 17. März. Nach dem „Journé Industrielle“ ist sich die Beschlagnahme von Koks und Kohlen durch die Besatzungsmächte nach folgendem Plan vollzogen: Es seien verschiedene Gruben vorgezogen, deren Namen man aber besser nicht nenne. Man könne indessen sagen, daß sie so wohl auf dem rechten als auf dem linken Rheinufer lägen. Im Anschluß daran werde man zur Beschlagnahme auf der Gruben entlang des Rhein-Herne-Kanals schreiten. Es sei davon die Rede, daß dort seit Januar mehr als 600 000 Tonnen Kohlen und 200 000 Tonnen Koks angehäuft seien. Die Kohlen sollen in der Hauptsache auf dem Wasserweg abgeführt werden. Nach den Gruben am Rhein-Herne-Kanal würden diejenigen in der Nähe von Essen an die Reihe kommen. Im ganzen würden die Franzosen in diesem Jahr etwa 750 000 Tonnen Kohlen und 250 000 Tonnen Koks abzuführen.

Die Entschädigungskommission will die Goldanleihe verbieten

Paris, 18. März. In der Entschädigungskommission behauptete der französische Vertreter, die deutsche Reichsregierung habe nicht das Recht, von sich aus eine Goldanleihe in Deutschland aufzuliegen, da die Verbündeten ein Vorkrecht auf das deutsche Vermögen besitzen. Auf Vorschlag des Italieners Ameglio wurde die Frage dem Rechtsbeirat überwiesen.

Sie wollen nichts wissen

London, 18. März. Die englische Regierung befreit amtlich, daß sie in der Ruhrangelegenheit einzugreifen beabsichtige. Die Frage gehe sie nichts an, insofern als es Deutschlands Aufgabe sei, Vorschläge zu machen, die Frankreich und Belgien befriedigen.

Das amerikanische Staatsamt erklärte, es sei unrichtig, daß ein englischer Vorschlag wegen einer Vermittlung Amerikas eingegangen sei, das Amt habe also auch keine Antwort auf derartige Vorschläge machen können.

Standhaftigkeit im Ruhrgebiet

Essen, 18. März. Die Gewerkschaften beschloffen, im Abwehrkampf bis zum Abzug des letzten Franzosen zu verharren, auch wenn die Reichsregierung nachgeben und in Verhandlungen eintreten sollte.

Für die besetzten Gebiete

Berlin, 18. März. Die Spenden des Brandenburgischen Landbunds haben bis 3. März einschließlich der Bargeldsumme (250 Millionen Mark) die Höhe von rund 3 Milliarden 351 Millionen Mark erreicht. Der Großgrundbesitz hat den größeren Teil davon aufgebracht.

Neue Nachrichten

Die ledigen Ueberwachungskommissionen

Berlin, 18. März. Die Vorstellungen, die das Auswärtige Amt bei dem französischen General Rollet in Berlin erhoben hat und die bezwecken, französische und belgische Offiziere von etwa noch beabsichtigten „Ueberwachungen“ fernzuhalten, sind, wie sich erwarten ließ, vollständig fruchtlos geblieben. Rollet hat im Gegenteil angeordnet, daß in nächster Zeit die Durchsuchungen vermehrt und daß die Offiziere dabei in Uniform erscheinen sollen. Dieser beabsichtigten Herausforderung gegenüber weist die Reichsregierung darauf hin, daß die Belgier und Franzosen für uns nicht als Beauftragte ihrer Staaten in Betracht kommen, sondern eben als Mitglieder einer verbündeten Körperschaft. Jede Ausschreitung gegen einen derselben würde der Reichsregierung unabsehbare außenpolitische Schwierigkeiten eintragen und den Abwehrkampf erschweren. — Gleichwohl ist daran festzuhalten, daß das Verhalten der „Ueberwachungskommission“ schon längst zur Vertragswidrigkeit geworden ist und keine Nacht der Welt Deutschland zuzunutzen kann, feindselige Spione und Aufstandschürer — siehe Münchener Fall — auch noch zu bezahlen.

Der Abbau — das Ei des Kolumbus

Berlin, 18. März. Reichswirtschaftsminister Dr. B. E. L. hatte Vertreter aller Erwerbstreife zu einer Besprechung über den Preisabbau geladen. Er führte aus, trotz des Sinkens des Dollarkurses haben sich die Preise gehalten, teilweise seien sie sogar gestiegen. Die Vertreter des Groß- und Kleinhandels wiesen hartnäckig nach, daß eine Herabsetzung der Warenpreise unmöglich sei, da man jetzt allgemein mit Verlust verkaufe, nur um der Abbau-Stimmung im Publikum entgegenzukommen. Die Industriellen erklärten, bei den hohen Löhnen, dem achtstündigen Arbeitstag, den teuren Rohstoffpreisen und den gewaltigen Steuern und Abgaben sei nicht daran zu denken, die Erzeugung zu verbilligen. Der Vertreter der Gewerkschaften führte aus, die Gehälter und Arbeitslöhne vertragen nicht die mindeste Herabsetzung. — kurz, von allen Seiten wurde der Preisabbau gemindert, aber keiner wollte beißig anfangen. Die Beratung wäre wieder einmal ganz ergebnislos geblieben, wenn der Minister nicht zum Schluß sich zu der Unsen-mährheit aufgeschwungen hätte: Dann müßte ebendies Reich anfangen und werde zunächst die Kohlen-Steuer in gewissem Umfang herabzusetzen sein.

Der neue Schulkampf

Berlin, 18. März. Im Bildungsausschuß des Reichstages (30. Reichstagskommission) erklärte Abg. Hoffmann

(Soz., ehemaliger Revolutionsministerpräsident in Bayern), seine Partei lehne die christliche Gemeinschaftsschule grundsätzlich ab. Die sächsische Regierung ließ vermelden, sie betrachte die christliche Gemeinschaftsschule als eine Verfassungserleichterung. Abg. D. Eberling betont, weder die evangelische noch die katholische Kirche werde auf die Gemeinschaftsschule eingehen. Eine Regierung, die so sehr die Verfassung verlege wie die sächsische in den Schulgesetzen, sollte in ihren Beschuldigungen der Verfassungserleichterung vorsichtiger sein. Abg. D. Mumm bedauert, daß die Reichsregierung es immer noch veräumt habe, gegen die Verfassungserleichterungen der sächsischen Regierung einzuschreiten. Eine derartige Große Anfrage sei im Reichstag eingebracht und sie werde hoffentlich noch vor Ostern zur Sprache kommen. Staatssekretär Schulz erklärte, daß der Reichsminister des Innern D. E. L. grundsätzlich an der Regierungsvorlage festhalten, weitere Abänderungsanträge aber abwarten wolle.

Vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 18. März. Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerde der „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ gegen die in verschiedenen Staaten (Preußen, Westfalen, Schwaben, Baden, Württemberg, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen) erlassenen Verhaftungsbescheide und Auslieferungsvorstellungen verworfen. Das Gericht hält also die Bestrebungen der Partei für solche, die geeignet seien, die Republik zu beschimpfen und herabzusetzen.

Ausreibungen der Deutschen aus Polen

Warschau, 18. März. Der polnische Reichstag hat einen Antrag angenommen, daß alle feinerzeit von der preussischen Regierung in Polen und Westpreußen angeforderten Deutschen ausgewiesen werden sollen.

Die Kriegsstimmung in der französischen Kammer

Paris, 18. März. Die Kammer hat mit 486 gegen 67 Stimmen beschloffen, daß die Großen Anfragen der Sozialisten und Kommunisten wegen der Zurückhaltung der Zarreskassen 1921 beim Heer „vertagt“ werden sollen.

Drohender Bauarbeiterstreik in England

London, 18. März. Die Arbeitgeber im Baugewerbe schlagen eine Lohnherabsetzung vor. Bei der Abstimmung der Arbeiter ergab sich eine Mehrheit von 20 Prozent für einen Streik, der am 1. April beginnen würde. Es kommen etwa 1 Million Arbeiter in Betracht. Wegen Verweigerung der längeren Arbeitszeit und der Lohnverminderung wurden in den östlichen Großstädten Englands 10 000 Landarbeiter ausgeperrt.

Landwirtschaftliche Schutzmaßnahmen in England

London, 18. März. Das Unterhaus hat mit 183 gegen 100 Stimmen einen Antrag angenommen, daß vom Ausland eingeführtes Fleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art beim Verkauf als Auslandsware kenntlich gemacht sein müssen.

Die Theologen und die Ruhrbelegung

Newyork, 18. März. Theologiestudierende und Theologieprofessoren haben gemeinsam an den Präsidenten Harding einen Brief gerichtet, in dem sie ihr Bedauern über die Besetzung des Ruhrgebiets aussprechen und erklären, die französische Politik sei moralisch nicht zu rechtfertigen und politisch ungesund. Es sei die moralische Pflicht des amerikanischen Volkes, sich am Wiederaufbau Europas mit aller Kräfte zu beteiligen.

Neue Losrechnungsgelüste in Dänemark

Kopenhagen, 18. März. In dänischen Blättern wird dem Gerücht Raum gegeben, „in gewissen Kreisen“ werde für die Errichtung eines schleswighischen Zwischenstaats zwischen Dänemark und Deutschland gearbeitet, der bis über den Kaiser-Wilhelm-Kanal hinaus sich erstreckte. — Das scheint französisch-englische Arbeit zu sein. England hat schon lange ein Auge auf den Kanal wegen Danzig und Frankreich will eine gesicherte Seeverbindung mit Polen.

Württemberg

Stuttgart, 18. März. Vom Rathaus. Die städtischen Gebühren bei Erdbestattungen sind für die Regel auf 36 000 Mark, bei einfachen Bestattungen auf 27 000 Mark festgesetzt worden, für den Beichtkrafswagen 7400 bzw. 6000 Mark. Die Sargkosten betragen für einen lackierten Holzarg 62 800 Mark (Schwarzgefrüchten 54 440 Mark), für bessere Särge 107 000 bis 393 800 Mark, Sargeinlagen 2500 (1750) Mark, kirchliche Gebühren 300 (100) Mark. Somit beträgt die Regelgebühr insgesamt 109 000 (89 890) Mark. Bei eigenscheinlicher Bedürftigkeit können die Gebühren auf 36 000 Mark ermäßigt werden. Entsprechend betragen die Gebühren bei Einäscherungen 43 400 (33 600) Mark, die Sargkosten 23 665 (12 000) Mark, Einlagen 2500 (1750) Mark, kirchliche Gebühren 0, Genehmigungsgesportel und Bestattung 1000 (1000) Mark, zusammen Regelgebühr 76 065 (48 350) Mark.

Cauffen a. N., 17. März. Auswanderungs-süchtige. Drei Württemberg im Alter von 17—18 Jahren hatten das Verlangen, eine Reise nach Amerika zu unternehmen, um dort ihr Glück zu suchen. Da ihnen das nötige Reisegeld fehlte, mahlten die Erparnisse der Schwester des einen der drei Reiseflüchtigen, der auch in Reckartwestheim reichlich einen Geldbedarf begangen haben soll, herhalten. Allerdings fand die Reise bereits in Heilbronn ihr Ende, wo den Württemberg das gestohlene Geld wieder abgenommen werden konnte.

Gerabronn, 17. März. Tödlicher Unfall. In der hohentlohe'sche Nahrungsfabrik drückte eine einstufige Kohlenwand den verheirateten 45 Jahre alten Wilhelm Friedrich derart an einen Eisenbahnwagen, daß der Tod als bald eintrat.

Ulm, 17. März. Unerhörter Diebstahl. Vom Dach der Elisabethkirche herunter wurde kürzlich die Viskablenkranz gestohlen.

Ulm, 17. März. Vom Münster-Kriegsdenkmal. Auf den Ideen-Wettbewerb für ein Münster-Geländedenkmal sind 59 Entwürfe mit 14 Modellen und 99 Blatt

eingegangen würde, die folgende dem mäßig entlich figur auf von Baur würde „F Lebensgrüdenig getragene meißer U gehalten nur gericht zu Oberl. Bräunl. Oberl. auf dem den Geme 1500 Raun und an W Raunmeie die Fortst Kohlen ge erhalten h. Interu o berin einer Nach Rüttler V mit 207 v der Kong am 21. S Locher De. Uthen Paulfaber aus mit 1 1500 Sänge lungen vgr Chengelung verlei ihre stende De. U. Ein war der ge nach der l und zu sp flügl. Z wiesen ma auf den fa men sein. v Bo. Bligun. Abere Au entliche S Württemb. Öpping. Burg. Reu. Verkaufsp. postdr. t. i. ist auf 350 auf 100 A. Dessen demokrati. Samstag. Sonntag. Herr Stud. worten bei Stunde de Schwefern und Fran vollst ger Abend, G rem Bild bogmen. Für uns den Bef. Feinden ge aut trinf. eines Fran im Krieg allenfalls alle polit völlu. Seine poli. transdr. denn is to. Macht geb. Frankreich nicht durc. Boncares. spruches. das Erbä. Frankreich den, durch. Deutschlan. stonier. harte und. Ruhlands lösen tunc. wir im g. gendbr. w. schenigst. reichs find. nach den. V o r m o. Die H. den der Rude? das andere. Frankr. England. Orient zep. reich sein. W. den Unt. England d.



